

Gemeinsame Resolution

der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und den kommunalen grünen Fraktionsvorsitzenden

- **Inklusion:** Wir wollen Menschen mit Behinderungen in Niedersachsen ein selbstbestimmtes Leben und die gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen. Wir fordern die Landesregierung daher auf, das Bundesteilhabegesetz im Sinne der Menschen mit Behinderungen umzusetzen und den Kommunen die dafür nötigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.
- **Kommunale Haushalte:** Die Landesregierung wird aufgefordert, zeitnah auf Basis des Ländermodells einen mehrheitsfähigen und verfassungskonformen Vorschlag für die Reform der Grundsteuer auf den Tisch legen. Nur so kann sie sicherstellen, dass den Kommunen die fast 14 Milliarden Euro an Einnahmen erhalten bleiben, damit sie ihre Pflicht zur kommunalen Daseinsvorsorge erfüllen können.
- **Kinderbetreuung:** Die Schaffung von Beitragsfreiheit in Kitas ist richtig. Ebenso gehört die vorschulische Sprachförderung in die Kindergärten. Die Umsetzung der GroKo aber ist überhastet. Statt im Kita-Gesetz mit einer Beitragsfreiheit light die Kommunen und die Kitas über Gebühr zu belasten, sollte die Landesregierung dort investieren, wo es derzeit fehlt: An Erzieherinnen und Erziehern. Mit einer dritten Kraft in den Kindertagesstätten, einer Initiative gegen den Fachkräftemangel und Verfügungszeit für Vor- und Nachbereitung sowie Elterngespräche wäre ein überfälliger Schritt für Bildungsgerechtigkeit getan.
- **Integration:** Die von der Landesregierung angekündigten Kürzungen bei der Flüchtlingssozialarbeit um bis zu 50 Prozent lehnen wir ab. Eine erfolgreiche Integration erfordert auch weiterhin eine professionelle Beratung und Begleitung geflüchteter Menschen. Wir fordern die Landesregierung auf, die Mittel für die Migrationsberatung weiterhin in gleicher Höhe zur Verfügung zu stellen und die Kommunen nicht mit dieser Aufgabe allein zu lassen.
- **Mobilitätswende:** Wir fordern die Landesregierung zu einem unverzüglichen Planungstop von ökologisch und ökonomisch unsinnigen Autobahnneubauprojekten wie die A 33 Nord, die A 20 und die A 39 auf. Wir brauchen jetzt eine Mobilitätswende mit einer Vernetzung von Bahn, Bus, Car- und Ride Sharing, Fahrrad, um die Städte dauerhaft vom Individualverkehr zu entlasten und die Mobilität der Menschen in ländlichen Räumen nachhaltig sicherzustellen. Die Reaktivierung von Bahnstrecken für den Personennahverkehr ist ebenso wie die Elektromobilität ein unverzichtbarer Bestandteil einer Mobilitätswende. Wir setzen uns nachdrücklich für die Planung und Umsetzung weiterer Radschnellwege ein.
- **Klimaschutz:** Als Küsten- und Energiewendeland sind wir besonders auf erfolgreichen Klimaschutz angewiesen. Das vorliegende niedersächsische Klimagesetz mit festen Klimazielen als Ergebnis eines breiten und mehrjährigen Beteiligungsprozesses muss schleunigst verabschiedet werden! Viele Kommunen engagieren sich bereits im Klimaschutz – auch das Land muss Verantwortung zeigen und Planungssicherheit schaffen.
- **Artenschutz und Landwirtschaft:** Das Insektensterben ist eines der gravierendsten Probleme des Artenschutzes mit weitreichenden Folgen für Mensch und Umwelt, das

nur durch eine Zusammenarbeit der verschiedenen politischen Ebenen gestoppt werden kann. Neben dem weltweit ansteigenden Einsatz von Pestiziden ist auch die Überdüngung unseres Grünlands infolge der Massentierhaltung eine der Hauptursachen für Artensterben in Flora und folglich auch in Fauna. Der Natur auch vor Ort wieder mehr Raum zu geben, ist eine Möglichkeit im kommunalen Bereich, um dem Verlust der Biodiversität ein wenig entgegenzuwirken.

- Europa: Wir wollen die Belange Niedersachsens und seiner regionalen sowie lokalen Gebietskörperschaften auf die europäische Ebene bringen und sie dort aktiv vertreten. Niedersachsen kann und wird auch in Zukunft nicht auf Mittel aus Brüssel für seine regionale Entwicklung, besonders für den ländlichen Raum, verzichten. Wir fordern eine stärkere Umschichtung europäischer Gelder in wichtige Zukunftsaufgaben wie Klima- und Artenschutz, bäuerliche Betriebe sowie eine nachhaltige ländliche Entwicklung. Wir wollen Europa sozialer gestalten, die Einheit und das Miteinander stärken und dabei alle mitnehmen. Für die Weiterentwicklung und Demokratisierung Europas und seiner Strukturen haben wir noch viele Ideen und das Subsidiaritätsprinzip immer im Blick.

Einstimmig beschlossen am 25. Mai 2018.